großen Müller zu sorgen. — Handelsminister Dr. Delbrück erwidert, er habe selbst sowohl die Vertreter kleinerer wie großer Mühlen, die Vertreter aller beteiligten Müllereiverbände empfangen und angehört und dann eine Kommission hinausgeschickt, um sich genau zu unterrichten. Die kleinen Müller seien also wohl gehört worden. Ausflüchte, fährt der Minister fort, sucht die Regierung überhaupt nicht. An meiner und der Regierung Ansicht mögen Sie Zweifel äußern, aber unsere Ehrlichkeit dürfen Sie nicht in Zweifel ziehen. Wir haben getan, was wir für richtig hielten. Den Vorwurf, Ausflüchte gesucht zu haben, weise ich entschieden zurück. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Gothein (freis. Vg.): Wozu eigentlich diese ganze Diskussion? (Lebhafter Beifall links.) Es ist doch das Geheimnis des Polichinell, daß Sie ganz genau wissen, daß Sie in der dritten Lesung doch alle gegen diese Mühlenumsatzsteuer stimmen. In der zweiten Lesung nehmen Sie sie an, in der dritten Lesung fallen Sie doch um. Weshalb solche Zeitvergeudung in dieser Situation. (Lebhafter Beifall links.) Offenbar wollen Sie nur Ihre eigene Situation verbessern, indem Sie jetzt dem Mittelstand weismachen wollen, Sie nähmen hier seine Interessen wahr. — Abg. Hoeffel (Vp.) erklärt, seine Freunde stünden prinzipiell auf dem Boden dieser Steuer, aber es handle sich um ein wirtschaftliches Gesetz, das in diese Finanzreform nicht gehöre. Deshalb stimmten Sie dagegen. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Der Ausdruck Ausflüchte war nicht überlegt, es war ein lapsus linguae (Heiterkeit.) Die Mühlenumsatzsteuer wird schließlich mit 188 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten mit der Linken Reichspartei und Polen, sowie einige Zentrumsmitglieder. Drei Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Es folgt der Gesetzentwurf der Kommission betreffend den **Ausfuhrzoll auf Kohlen und Koks**. Handelsminister Dr. Delbrück erklärt unter Berufung auf seine früheren Ausführungen, daß dieser Ausfuhrzoll für die Regierungen unannehmbar ist. — Abg. v. Richthofen (kons.) bemerkt, es lägen in der Tat schwere Gegengründe gegen diesen Ausfuhrzoll vor, und da er den Regierungen unannehmbar sei, würden seine Freunde jetzt dagegen stimmen. Auf eine Anfrage des Redners, wie der Minister über einen Kaliausfuhrzoll denke, erwidert Handelsminister Dr. Delbrück: Auch gegen einen Kaliausfuhrzoll bestehen starke grundsätzliche Bedenken, vorausgesetzt, daß dieser Ausfuhrzoll für die Dauer gedacht ist. Anzuerkennen ist aber, daß diese grundsätzlichen Bedenken schwinden können, wenn außergewöhnliche Verhältnisse etwa einen vorübergehenden Ausfuhrzoll angezeigt erscheinen lassen. Wenn ein Sinken der Auslandspreise in solchem Umfange eintreten sollte, daß für unsere einheimische Kaliproduktion ein Verlust von 20 bis 30 Prozent eintreten sollte, so könnte dem ein Ausfuhrzoll einen Riegel vorschieben. Wie die Regierungen denken, weiß ich nicht, ich spreche hier nur meine persönliche Auffassung aus. Ich sage also: Wenn ein Ausfuhrzoll beim Fehlen eines Syndikats automatisch in Kraft tritt und dann bei einem Syndikat wieder automatisch außer Kraft tritt, und wenn er so bemessen ist, daß während seiner Herrschaft das Ausland etwa keine höheren Preise zahlt als die jetzigen, so könnte er nützlich wirken. — Abg. Herold (Zentr.) erklärt, daß des „Unannehmbar" wegen seine Partei jetzt geschlossen gegen den Kohlenausfuhrzoll stimmen werde. — Abg. Dr. Stresemann (natl.) wendet sich vom Standpunkte der industriellen Interessen gegen die Einführung eines Kohlenausfuhrzolles. Die Hauptbedenken seiner Freunde lägen auf dem handelspolitischen Gebiete; sie richteten sich sowohl gegen den Kohlenausfuhrzoll, wie überhaupt gegen alle Ausfuhrzölle, denn mit diesen rufe man die Gefahr, das Ausland zu Repressivmaßnahmen zu veranlassen, durch welche unsere Industrie benachteiligt werden würde. — Abg. Gothein hält die Frage des Abg. v. Richthofen und die Antwort des Handelsministers in bezug auf den Kaliausfuhrzoll für bestellte Arbeit. Die Sache gehöre gar nicht hierher. Offenbar solle nur ein Druck zugunsten des Zustandekommens des Kalisyndikats ausgeübt werden. Daß dazu der Reichstag benützt werden solle, dagegen müsse er Verwahrung einlegen. (Beifall links.) — Abg. Hué (Soz.) greift die Mehrheitsparteien heftig an und sagt, die Mehrheit verhöhne das Christentum und trete die Barmherzigkeit mit Füßen. Für diese Aeußerungen wird er zur Ordnung gerufen. — Handelsminister Dr. Delbrück verwahrt sich gegen die Gotheinschen Aeußerungen, die Anfrage und Antwort wegen des Kaliausfuhrzolles sei abgekartete Sache. Er habe gehört, daß darüber eine Resolution beabsichtigt sei. Deshalb sei er gekommen, um sich darüber auszusprechen, weil man ihm gesagt habe, man würde, wenn er dies tue, auf die Resolution verzichten. Der Fiskus habe an dieser Frage ein großes Interesse. Als Minister sei er verpflichtet, Schädigungen abzuwehren. Einen Gesetzentwurf habe er bereits ausgearbeitet, der aber dem Bundesrat bis jetzt nicht vorgelegt sei. Wenn er über kurz oder lang einen solchen Entwurf einbrächte, würde man ihn, wenn er heute schwiege, wahrscheinlich später verwerfen: „Weshalb hast Du uns das nicht früher gesagt?" — Abg. Vogel (natl.) spricht sich gegen den Kohlenausfuhrzoll aus. — Abg. Graf Kanitz (kons.) verteidigt diesen Ausfuhrzoll ausschließlich, ebenso wie den Kaliausfuhrzoll. Letzterer wäre überdies eine Waffe gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, die uns das Handelsprovisorium gekündigt hätten und uns mit einem hohen Zolltarif bedrohten. — Nachdem sich noch Abg. v. Gamp (Reichsp.) gegen den Kohlenausfuhrzoll erklärt hat, wird dieser einmütig abgelehnt. — Schluß der Sitzung 6¼ Uhr. — Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Weiterberatung der Steuergesetze.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der dritten Beratung der Tabaksteuer wird beabsichtigt, einige kleine Aenderungen noch insofern zu versuchen, als die Steuer auf die billigsten (2-Pfennig-)Zigaretten herabgesetzt und dafür eine Erhöhung der Banderole in den höheren Preislagen eingeführt werden soll. Das würde einen Gesamtausfall von etwa 300 000 Mark bedingen. Weiter soll noch versucht werden, zum Schutze des inländischen Tabakbaues die Spannung zwischen Zoll und Steuer zu erhöhen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Seniorenkonvent des Reichstags trat heute während der Plenarsitzung zusammen, um sich über die Geschäftslage zu verständigen. Man will die zweite Lesung der Finanzreform morgen auf jeden Fall beenden. Am Freitag sollen dann kleine Vorlagen erledigt werden. Das Abkommen mit Dänemark, der Handelsvertrag mit Venezuela, das Gerstezollgesetz, der Kommissionsbeschluß über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer und, wenn es geht, auch noch Wahlprüfungen. Die Besoldungsvorlage, deren Beratung die Budgetkommission in ihrer heutigen Abendsitzung, wenn irgend angängig, erledigen wird, kommt am Sonnabend zur zweiten Beratung im Plenum. Der Kommissionsbericht gelangt am Freitag zur Verteilung. Am Montag beginnt dann die dritte Lesung der Finanzreform, an die sich die dritte Lesung des Besoldungsgesetzes schließt. Man hofft, am Mittwoch fertig zu sein. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß mit Rücksicht auf die noch unerledigten Vorlagen — Gewerbenovelle, Arbeitskammergesetz usw. — der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur vertagt wird. Es hat hier nicht der Reichstag zu entscheiden.

* * *

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber das gestrige Diner im Reichskanzlerpalais, zu dem die Vertreter aller deutschen Bundesstaaten geladen waren, wird berichtet: Die Minister fanden den Fürsten in durchaus ruhiger, aber sehr ernster Stimmung. Allseitig wurde das tiefste Bedauern über den Rücktritt des Fürsten geäußert.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Angabe, daß Staatssekretär Sydow durch Staatssekretär Dernburg ersetzt werden soll, schreibt die „Voss. Ztg.": Es ist zwar Tatsache, daß Staatssekretär Dernburg sich an den Verhandlungen mit dem schwarzen Block hinter den Kulissen eifrig beteiligt hat. Aber es wäre verkehrt, daraus zu schließen, daß er als Nachfolger des Reichsschatzsekretärs in Aussicht genommen sei. Dernburgs Stellung an der Spitze des Reichskolonialamtes hat weder in dem Fürsten Bülow seine einzige Stütze, wie die „Post" meint, noch wird Dernburg Neigung haben, sie gegen die eines Reichsschatzsekretärs zu vertauschen, noch bevor er auf praktische Erfolge in der Kolonialpolitik hinweisen kann.

Neueste Drahtmeldungen

vom 7. Juli.

Reisepläne Kaiser Wilhelms.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser gedenkt morgen vormittag mit dem „Meteor" eine dreitägige Kreuzfahrt in die Ostsee anzutreten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie der „Voss. Ztg." aus Kopenhagen mitgeteilt wird, will ein dortiges Gerücht wissen, Kaiser Wilhelm werde im Laufe des Sommers nach Dänemark kommen, um, wie bereits gemeldet, sowohl die dänische Landesausstellung in Aarhus, wie auch den dänischen Hof in Kopenhagen zu besuchen. Diese nur für einige Tage berechnete Reise soll an Stelle der aufgegebenen Nordlandfahrt treten. Die „Voss. Ztg." bemerkt dazu: „Ganz unwahrscheinlich klingt das Gerücht nicht, zumal der Kaiser im vorigen Jahre wider Gewohnheit Dänemark den üblichen Sommerbesuch nicht abstattete."

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhause.

Wien. Abgeordnetenhaus. Zum Schluß der heutigen Sitzung brachte der Abg. Dr. Slama als Obmann des Immunitätsausschusses einen energischen Protest gegen die Weigerung der geladenen Polizeifunktionäre, vor dem Immunitätsausschuß zu erscheinen, vor. Präsident Dr. Patty erklärte, der Minister des Innern habe sich im Gespräch mit ihm darauf berufen, daß die Protokolle über die Angelegenheit, die außerdem gerichtlich anhängig sei, dem Ausschuß vorlägen. Weiter habe sich der Minister auf die Bestimmung der Geschäftsordnung berufen, wonach jeder Verkehr zwischen dem Hause oder seinen Ausschüssen mit den Behörden lediglich auf dem Wege über die Zentralstellen zu erfolgen habe. Die Sozialdemokraten und die Tschechisch-Radikalen begleiteten die Ausführungen des Präsidenten mit unterbrochenen Pfui-Rufen gegen den Minister des Innern, die auch nach dem Schlusse der Sitzung andauerten, bis der Minister nach geraumer Zeit die Ministerbank und den Saal verlassen hatte.

Die Kreta-Frage

Konstantinopel. Die Ueberreichung der Note über Kreta an die Pforte wird morgen erfolgen. Es verlautet, die Veröffentlichung vor der Ueberreichung sei darauf zurückzuführen, daß die Pforte, die von dem Inhalt der Note bereits durch ihren Botschafter Kenntnis hatte, die Schutzmächte ersucht hat, gewisse Aenderungen der Note vorzunehmen. Der englische Botschafter und der englische Geschäftsträger hatten in dieser Hinsicht Besprechungen mit dem Großwesir.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat über die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacke gemahlen oder Thomasschlackenmehl gelagert wird, Vorschriften beschlossen, die heute vom „Reichsanz." veröffentlicht werden. Die Vorschriften treten mit der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin. (Priv.-Tel.) Hier ist die offizielle Mitteilung eingetroffen, daß die diplomatische Agentur Bulgariens in Berlin zur Gesandtschaft erhoben und der bisherige diplomatische Agent Generalmajor Nikyphoroff als Gesandter des Königs von Bulgarien beim Deutschen Reiche beglaubigt wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. Hammann hat seine Tätigkeit im Auswärtigen Amte heute wieder aufgenommen. Eine Erklärung der Regierung zu dem Hamann-Prozeß steht unmittelbar bevor.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Eulenburg-Prozeß ist noch mitzuteilen, daß der zu Beginn der Verhandlung gestellte Antrag des Staatsanwaltes auf Verhaftung des Angeklagten, weil der Verdacht vorliege, daß er Krankheit simuliere, vom Staatsanwalt zurückgezogen wurde.

Berlin. (Priv.-Tel.) Landgerichtssekretär a. D. Rechnungsrat Adolf Joachim zu Leipzig erhielt den preußischen Roten Adler-Orden 4. Klasse.

Kiel. Die Yacht „Hohenzollern" mit dem Kaiser an Bord und die Begleitschiffe „Hamburg" und „Sleipner" sind nachmittags 4 Uhr unter dem Salut der Forts und der Kriegsschiffe hier eingetroffen.

Köln. In dem Prozesse gegen die Gründer einer Spielbank auf der Insel Korfu sind sämtliche Angeklagte freigesprochen worden.

Lemberg. (Priv.-Tel.) Auf der Eisenbahnstrecke Jaslo-Rzeszow entgleiste infolge schlechten Funktionierens einer Weiche ein Personenzug, wobei die Lokomotive und mehrere Waggons arg beschädigt, zwei Bahnbeamte lebensgefährlich, drei schwer und von den Passagieren zwanzig verletzt wurden.

Rom. (Priv.-Tel.) Die Gattin des bekannten Komponisten Puccini wurde wegen Verleumdung ihrer Zofe zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte die Zofe verdächtigt, mit ihrem Gatten Beziehungen unterhalten zu haben. Das Mädchen hatte sich daraufhin das Leben genommen. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Beschuldigungen jeder Grundlage entbehrten.

Liverpool. Der König erklärte bei der Parade über die territorialen Truppen von Westlancashire auf eine Ansprache des Lordmayors, er hoffe zu Gott, daß sich keine Gelegenheit zu einer Einberufung der Truppen für den Ernstfall bieten werde. Die Bereitschaft zur Verteidigung sei aber die stärkste Bürgschaft des Friedens und er sei davon überzeugt, daß die Bürger von Liverpool keine Mühe scheuen würden, für die Verteidigung des Landes zu sorgen.

Peterhof. Der Kaiser von Rußland ist in Begleitung mehrerer Großfürsten, des Ministerpräsidenten Stolypin und des Hofministers Baron Frederiks heute vormittag nach Poltawa abgereist.

Denver. Ueberschwemmungen in Colorado, Ohio, Missouri und Mexiko haben einen Schaden von Hunderttausenden von Dollars verursacht. Drei Personen sind umgekommen. Pattensburg in Missouri und Hidalgo in Mexiko sind zerstört. Hunderte sind obdachlos. Hilfszüge werden die Ueberschwemmungsgebiete zu erreichen suchen.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 199,80 Diskonto 187,40. Dresdner Bank 153,40. Staatsbahn 154,60. Lombarden 30,75. Laurahütte —,— Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Fest.

Paris (nachm. 3 Uhr). Rente 97,72. Italiener 104,15 Neue Portugiesen —,—. Spanier 88,50. Türken (unifiz. Anl.) 93,12. Türkenlose 174,50 Staatsbahn 779,—. Lombarden —,—. Ottomanbank 709,—. Ruhig.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Juli 26,20, per November-Februar 24,45, ruhig. Rüböl per Juli 63,75, per Januar-April 65,25, ruhig. Spiritus per Juli 40,60, per Januar-April 39,75, stetig.

London. (Müllermarkt.) Ausländischer Weizen ruhig, aber stetig, englischer Weizen ruhig. Amerikanischer Mais stetig. Donauer Mais fest. Amerikanisches Mehl ruhig, aber stetig, englisches Mehl ruhig, aber stetig. Gerste fest. Hafer fest.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König besuchte am 5. d. M. in Begleitung des Flügeladjutanten Obersten v. Criegern anläßlich eines Pürschganges das Berghotel „Borsberg" und nahm am aussichtsreichen Dresdner Platz das Souper ein. Gleichzeitig anwesende Kinder vieler Schulausflüge begrüßten jubelnd den Monarchen. Nach einstündigem Aufenthalt verließ der König den vielbesuchten Berg, um dem Weidwerk abzuliegen.

— Landgerichtsrat Hermann Friedrich Ferdinand Schumann in Dresden wurde vom 1. September an zum Rat bei dem Oberlandesgericht und Gerichtsassessor Dr. Georg Max Otto in Dresden zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht Dresden ernannt.

— Am 9. Juli ist ein Zeitraum von 10 Jahren vergangen, seitdem Herr Justizrat Windisch das Amt des Präsidenten des Königl. Sächs. Militärvereinsbundes bekleidet. Dem hochverdienten Präsidenten, der im deutsch-französischen Kriege 1870/71 die goldene St. Heinrichs-Medaille und das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielt, wurde am 21. Mai 1907 von Sr. Majestät dem König der Charakter als Major der Landwehr-Jäger verliehen, eine Auszeichnung, die im sächsischen Heereskontingente an Offiziere des Beurlaubtenstandes nur ganz ausnahmsweise verliehen wird.

— Dem stellvertretenden Bürgermeister, Privatmann Heisler in Wolkenstein ist das Albrechtskreuz und dem Obermeister Zimmermann in Zschopau das Ehrenkreuz mit der Krone verliehen worden.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der stellvertretende Bevollmächtigte zum Bundesrate, Zoll- und Steuerdirektor Härtig das Kommandeurkreuz 1. Klasse des Badischen Ordens vom Zähringer Löwen annehme und trage.

— **Die mündlichen Prüfungen zur I. juristischen Staatsprüfung** in Leipzig, deren Klausuren bereits vom 22. bis 24. April abgehalten wurden, sind nunmehr geschlossen. Es hatten sich zu den schriftlichen Prüfungen im ganzen 108 Kandidaten gemeldet. Zwei Kandidaten traten freiwillig zurück, während die Arbeiten von drei Kandidaten als nicht ausreichend erachtet wurden. Von den verbliebenen 103 Kandidaten traten vor Beginn der mündlichen Prüfung 7 freiwillig zurück, so daß 96 sich der mündlichen Prüfung unterzogen; hiervon erhielten die Zensur I ein Kandidat, die Zensur II 12 Kandidaten, die Zensur III 30 Kandidaten, die Zensur IV 47 Kandidaten. Ohne Erfolg haben die Prüfung nur 6 Kandidaten abgelegt.

— **Internationaler Kongreß für angewandte Photographie.** Um die Teilnahme an diesem Kongresse, der in Dresden vom 11. bis 15. Juli unmittelbar nach dem internationalen Photographentage stattfindet, auch weiteren Kreisen möglich zu machen, werden außer den vollständigen Mitgliedskarten zu 18 Mark und den Damenkarten zu 10 Mark (exklusive Ausstellungseintree), auch „Vortragskarten" zu 6 Mark ausgegeben, die zum Besuche sämtlicher Vorträge berechtigen. Außerdem sind zum einmaligen Besuche eines der nachstehenden Vorträge Karten zum Preise von 1 Mark am Eingang zu den Vorträgen zu haben. Es kommen folgende Vorträge in Betracht: Dr. Panconcelli-Calzia (Marburg): „Anwendung der Photographie in der experimentellen Phonetik" (Physiologie der Stimme und Sprache) mit Lichtbildern, kinematographischen Vorführungen, Demonstration von Apparaten. Dr. Fambach (Glauchau): „Die Farbenphotographie nach Lumière, ihre Anwendung bei Aufnahmen aus der Natur, Kunst und Wissenschaft." Wolf-Czapek (Berlin): „Anwendung der Kinematographie in der Wissenschaft und Technik." Professor Reiß (Lausanne): „Die Photographie im Dienste der Rechtspflege" (französisch). Professor Miethe (Charlottenburg): „Projektionsvortrag mit Lichtbildern nach dem Miethe'schen Dreifarbenverfahren." Dr. Kopff (Heidelberg): „Die Photographie in der Astronomie." Hauptmann a. D. Hildebrandt (Berlin): „Ballonphotographie." Einen öffentlichen Projektionsvortrag über die Farbenphotographie mit der Autochromplatte hält Herr Dr. Seyewetz (von der Firma Lumière) am Montag, den 12. Juli, abends 9 Uhr, im großen Ausstellungssaale gegen ein Eintrittsgeld von 1 Mark (exklusive Ausstellungseintree). Die allgemeinen Vortragskarten und die Karten für den Seyewetz-Lumière-Vortrag sind bei den folgenden Verkaufsstellen zu haben, wo auch näheres über das Programm zu erfahren ist: Göring (Oskar Bohr), Wünsche (Louis Lang), Fremdenverkehrsbureau (Hauptbahnhof), Kasse der Photographischen Ausstellung, Portier der Technischen Hochschule (Bismarckplatz), Geschäftsstelle des Kongresses (Technische Hochschule, Bismarckplatz, Zimmer 11).

— **Haftpflicht der Eisenbahn für Kursbücher.** Ueber die Haftpflicht der Eisenbahnverwaltung für Fahrpläne sind, wie der „Inf." mitgeteilt wird, folgende Bestimmungen getroffen worden: Die Eisenbahn muß für alle Fehler haften, die in öffentlichen Fahrplänen begangen worden sind, da die öffentlichen Fahrpläne durchaus klar und übersichtlich und selbstverständlich richtig sein müssen. Dagegen haftet sie nicht für die Fehler, die in privaten Kursbüchern etwa vorhanden sein sollten. Sie haftet für Fehler in privaten Kursbüchern nur dann, wenn dieselben Fehler sich in den amtlichen Fahrplänen befinden und von diesen in die privaten übergegangen sind. Die Haftpflicht erstreckt sich erstens auf die Preiserstattung für zu hoch bezahlte Billetts und zweitens auf den Ersatz aller dem Reisenden durch einen Fehler im amtlichen Kursbuch entstandenen Unkosten. Wenn also z. B. im amtlichen Fahrplan bei einem Zuge nur Waggons 1. und 2. Klasse angegeben worden sind, trotzdem auch Wagen 3. Klasse verkehren, so muß die Eisenbahn für den Preisunterschied zwischen der 2. und 3. Klasse bei denjenigen Reisenden aufkommen, die sonst gewohnheitsmäßig nur die 3. Klasse benutzen und demgemäß voraussichtlich auch in diesem Falle nur die 3. Klasse benutzt haben würden. Für Zugversäumnisse, die infolge eines Fehlers im amtlichen Fahrplan entstehen, oder bei Versäumnissen von Anschlüssen muß die Eisenbahn für die Kosten haften, die dem Reisenden dadurch entstanden sind, daß er infolge der falschen Angaben des amtlichen Kursbuches den wirklich letzten Zug versäumt hat. Sehr wesentlich ist der Hinweis auf einen Irrtum, der allgemein unter dem reisenden Publikum verbreitet ist. Allgemein wird nämlich angenommen, daß das „Reichskursbuch", das von dem Reichspostamt herausgegeben wird, das amtliche Kursbuch sei. Diese Annahme ist falsch. Das „Reichskursbuch" ist nicht amtlich. Demgemäß haftet also die Eisenbahn durchaus nicht für Fehler, die vielleicht in dem obengenannten sogenannten „Reichskursbuch" enthalten sein sollten. Die Klagen, die sich eventuell daraus beziehen sollten, sind demnach unberechtigt und bleiben ohne Folge. Für amtliche Fahrpläne dagegen gelten alle diejenigen Fahrpläne, die in den Wartesälen der Eisenbahnen, sowie in den Hallen und Stationsräumen der Bahnhöfe ausgehängt sind und die Bezeichnung „Amtlicher Fahrplan" tragen.

— **Der 1. Verein Dresdner Gast- und Schankwirte** hielt gestern nachmittag im Saale des Carolagartens seine Mitgliederversammlung ab. Der auf dem Sächsischen Gastwirtstag in Aue als Vertreter für den Bundestag der Gastwirte in Darmstadt gewählte Vereinsvorsitzende, Herr Carl Beier, erläuterte den über die in Darmstadt gepflogenen Beratungen im Fachblatt erschienenen Bericht und ging dann auf die Tätigkeit der Plakatkasse des Vereins über, die im Laufe des letzten Jahresabschnittes 1565 Mark an bedürftige Angehörige des Gastwirtsstandes gewähren konnte. Ueber den vom 14. bis 18. v. M. in Aue abgehaltenen 23. Sächsischen Gastwirtsverbandstag referierte Herr Lehmann in eingehender Weise. Eine scharfe Polemik hatte auf dem Verbandstage bei der Stellungnahme zur Reichsfinanzreform die beabsichtigte abermalige Besteuerung des Bieres, Branntweins und Tabaks hervorgerufen; denn diese Steuerprojekte treffen den Gastwirt in allererster Linie. Bezüglich der Frage, ob ein Gastwirt berechtigt ist, Zeugengebühren von den Sportelkassen zu beanspruchen, sprach sich der Verbandstag für die Berechtigung dieses Anspruchs aus. Der Referent ging dann auf den Flaschenbierhandel und die Angriffe des Auerbacher Pfarrers auf den Gastwirtsstand als die wichtigsten Punkte der Beratungen in Aue ein. Der Bruderverein Kamenz hatte beantragt, dahin zu wirken, daß die Lustbarkeitssteuer auch auf Private auszudehnen sei. Dieser Antrag fand Annahme. Herr Restaurateur Reuther, der ebenfalls an dem Verbandstage in Aue als Delegierter teilgenommen hatte, ergänzte den Bericht des Vorredners. An der Aussprache über die Ergebnisse des Verbandstages beteiligten sich die Herren Joseph, Gottschall, Schade, Schuricht und Seifert. Den Bericht über den Stand der